

Ratschlag

Informationsschrift der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig
Sonderausgabe zum Beschluss des Doppelhaushalts 2021/22

AUSGABE
Mai 21
No. 83



Unsere Themen

Beiträge zum Doppelhaushalt	1 – 6
Inklusion und Teilhabe sicherstellen	7
Leipzig als Welthauptstadt des Buches	7
Tempo 30 für mehr Lebensqualität	8
Nachhaltig investieren in der Krise	9
Jugend auf den Demokratiecampus!	10
Auwald schützen, Grünverbund stärken	11

Leipzig kommt in die grünen Zahlen

Von Katharina Krefft und
Dr. Tobias Peter, Fraktionsvorsitzende

Die unendlich erscheinende Pandemie hat alles verändert – auch unseren kommunalen Haushalt. Nachdem Leipzig 2019, dem bislang erfolgreichsten Jahr, 500 Millionen Euro Schulden abgebaut und sich beste Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten erarbeitet hatte, folgte dem Lockdown der Gesellschaft der Shutdown der Finanzen: ausfallende Gewerbe- und Einkommensteuer im dreistelligen Millionenbereich, steigende Arbeitslosigkeit, Ausfälle insbesondere in Kultur, Messe und Tourismus.

Wir Grüne hatten von Anfang an einen klaren Kompass: Wir wollen gestärkt aus der Krise kommen. Denn nicht nur die gesundheitlichen, sozialen und ökonomischen Krisen der Pandemie, sondern auch die fundamentale Klimakrise muss überwunden werden. Unsere Ideen eines solchen Neustarts haben wir im letzten Ratschlag formuliert und schließlich in 53 Haushaltsanträge und weitere gemeinsame Anträge mit anderen Fraktionen gegossen.

Insgesamt haben wir Mehrausgaben in Höhe von 7,2 und 13,5 Millionen Euro sowie 35 und 48 zusätzliche Stellen in 2021 und 2022 beantragt. Gezielte Investitionen in einen gut ausgestatteten Personalkörper gebietet nicht zuletzt der Respekt gegenüber den öffentlich Beschäftigten. Mit diesem Ansatz konnten wir uns bei den Haushaltsverhandlungen durchsetzen: Der Stadtrat geht in die Personaloffensive, um mit ausreichend qualifiziertem Fachpersonal die Zukunftsaufgaben der

Stadt zu lösen. Vor allem Stadtentwicklung, Mobilität, Jugend und Bildung konnten durch zahlreiche Stellenaufstockungen und zusätzliche finanzielle Mittel massiv gestärkt werden.

Schwerpunkt unserer Haushaltsanträge waren dringend notwendige Investitionen in die ökologische Transformation. Denn das Klima wartet nicht auf günstigere Rahmenbedingungen, um das Pariser 1,5-Grad-Ziel umzusetzen. Mit 5.000 zusätzlichen Baumpflanzungen, Solaranlagen für Balkone und LWB-Dächer, Programmen für die energetische Sanierung von Quartieren und Energieeinsparung in kommunalen Gebäuden und Schulen (Halbe-Halbe-Programm) sowie einem gestärkten Klimaschutzreferat konnten wir ein umfassendes Klima-Paket durchsetzen. Mit zusätzlichen Stellen und Mitteln für die Umsetzung der nachhaltigen Mobilitätsstrategie stärken wir den klimafreundlichen Umweltverbund aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Zugleich versäumte es die Ratsmehrheit leider, die Kreislaufwirtschaft und den Baumschutz im notwendigen Maß zu stärken.

In erheblichem Umfang haben wir erfolgreich Mehraufwendungen für eine Stadtentwicklung mit Zukunft beantragt: Über 30 Mio. Euro zusätzlich werden insgesamt in 2021 und 2022 in bezahlbares Wohnen, Flächenerwerb und die Mobilisierung von Leerständen investiert. Menschen sollen nicht leere Häuser

besetzen müssen, um ihre Ideen zu verwirklichen, wir wollen sie seitens der Stadt einladen, Häuser zu übernehmen!

Mit der von uns erfolgreich beantragten Dynamisierung der Zuschüsse für Jugendhilfe und Kultur, der Stärkung von Bildung und Beteiligung, von Migrantenselbstorganisation und internationalen Partnerschaften stärken wir das gesellschaftliche Band unserer Stadt, das angesichts der Herausforderungen der Corona-Pandemie wichtiger denn je ist.

Im Ergebnis konnten wir rund 80% unserer Initiativen teils mit Anpassungen durchsetzen – die gemeinsame Anstrengung hat sich gelohnt. Mit diesem Haushalt kommt Leipzig in die grünen Zahlen – denn die so vermiedenen sozialen und ökologischen Schulden übersteigen die aufgenommene Neuverschuldung wesentlich. Um diese wieder zurückzuführen, müssen die im Haushalt angelegten Impulse umgehend ausgelöst werden. Nur wenn die beschlossenen Stellen zügig besetzt und Investitionen entschlossen umgesetzt werden, kann Leipzig gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Alles rund um den Haushalt kann in dieser Ausgabe des Ratschlags nachgelesen werden. Darüber hinaus informieren wir über aktuelle Initiativen und Themen unserer Fraktion. Viel Spaß bei der Lektüre!

Leipzig grün und klimafreundlich gestalten!

Solaroffensive für Leipzig – Förderprogramm für Photovoltaik-Balkonanlagen

Der Klimawandel erfordert das Handeln von uns allen, ob Privathaushalt, Stadtverwaltung oder Gesetzgebung. Für eine klimaneutrale Energieversorgung in Leipzig brauchen wir sowohl Großprojekte, wie die von den Stadtwerken Leipzig geplante größte Solarthermieanlage Deutschlands, die ab 2023 Wärme für Leipzig liefern soll, als auch kleinteilige, dezentrale Erneuerbare-Energien-Anlagen. Nicht zuletzt, um Akzeptanz für erforderliche Klimaschutzmaßnahmen zu gewinnen, ist es wichtig, die Leipziger Bürger*innen an der Energiewende und ihren Vorteilen zu beteiligen. Was bisher scheinbar nur Hausbesitzer*innen vorbehalten war, ist inzwischen auch für Mietende möglich: eigenen Strom erzeugen.

Mit unserem Antrag auf Förderung privater Photovoltaik-Balkonanlagen wollen wir Anreize schaffen, Sonnenenergie direkt am eigenen Balkon einzufangen und im Haushalt zu nutzen – das senkt die eigene Stromrechnung! Möglich ist das mithilfe von sogenannten Plug-In-PV-Modulen, die steckerfertig geliefert werden. Die Stadt Leipzig wird nun dank unserer Initiative im Jahr 2022 500.000 Euro zur Verfügung stellen und eine Förderrichtlinie erarbeiten, wonach Leipziger Bürger*innen einen Zuschuss zum Kauf einer solchen PV-Balkonanlage erhalten können. Damit werden gezielt auch Mieter*innen angesprochen, sich an der Energiewende in Bürger*innenhand zu beteiligen. Die Wohnnebenkosten können so langfristig gesenkt werden. Wie wichtig die Förderung der Energie in Bürgerhand ist, wird immer mehr Kommunen klar: Erlan-



gen, Stuttgart und Freiburg machen es mit ähnlichen Initiativen vor. Nun lasst uns auch in Leipzig mehr Sonnenenergie nutzen!

Recycling2Go – keine Mehrheit für Müllvermeidungskampagne

Wer kennt sie nicht, die übervollen Mülleimer im öffentlichen Raum, herumflatternde Tüten, Becher, Verpackungen... Sachsen lag 2019 mit 81 kg Verpackungsmüll pro Person deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 72 kg. Insgesamt entfallen auf die Sächs*innen 339 kg Haushaltsabfälle pro Jahr. Immer wieder gibt es den Ruf nach mehr Papierkörben an dieser oder jener Stelle. Wir halten es aber für essentiell, auch an der Wurzel des Problems anzusetzen und Müll von vornherein zu vermeiden! Dafür können auf allen politischen Ebenen Weichen gestellt werden, sei es auf EU-, Bundes-, Landes- oder eben auf kommunaler Ebene. 2018/2019 konnten wir mit unserem ersten Recycling2Go-Antrag die Einführung eines Mehrwegbecher-Pfand-Systems, umgesetzt durch den BUND Leipzig, auf den Weg bringen. Das Projekt war sehr erfolgreich! Inzwischen nehmen schon etwa 60 Bäckereien und Coffee-Shops an dem System teil. Es liegt aber auch auf der Hand, dass dies für eine Großstadt wie Leipzig nur der Anfang sein kann. Daher haben wir nun einen Antrag für eine Öffentlichkeitskampagne zur Müllvermeidung in die Haushaltsverhandlungen eingebracht, welche insbesondere die Reduzierung von Einwegmaterialien und Kunststoffen sowie die Sensibilisierung der Leipziger*innen zum eigenen Ressourcenverbrauch zum Ziel haben sollte. Leider konnte dieser Antrag keine Mehrheit im Stadtrat finden. Das Thema beschäftigt uns aber natürlich weiter – wir bleiben dran!

Schotterst du noch oder gärtnerst du schon?

Eigentum verpflichtet – in dem Fall zur gärtnerischen Gestaltung des Vorgartens! Wobei gärtnerische Gestaltung eben bedeutet: Pflanzen statt Steine. Der Trend zum Anlegen von geschotterten Stein„gärten“ ist gerade bei Neubauten unübersehbar. Solche Steinwüsten speichern Wärme und geben diese wieder ab, wodurch die Hitze im Sommer noch intensiver wirkt. Eine Bepflanzung bewirkt hingegen den gegenteiligen

Effekt, da Pflanzen Feuchtigkeit verdunsten und das Klima im Umfeld somit angenehmer ist. Auch Insekten fehlt in einem Schottergarten natürlich das Nahrungsangebot. Dabei müssen wir auch in den Städten dem Insektensterben entgegenwirken und für mehr Biodiversität sorgen! Jede*r Grundstücksbesitzer*in kann mithelfen. Um die Einhaltung der Vorgartensatzung zu gewährleisten, welche bereits in ihrer jetzigen Fassung eine Nutzung als Schottergarten ausschließt, soll auf Initiative unserer Grünen Fraktion hin ab diesem Jahr eine Vollzeitstelle geschaffen werden, welche die nicht satzungsgemäße Nutzung von Vorgärten mit Bußgeldern ahndet. Parallel wird die Vorgartensatzung novelliert, um das Anlegen von Schottergärten bei Neu- oder Umbau interpretationsfrei und rechtssicher zu verhindern.

Wir brauchen noch mehr Bäume!

Die Bedeutung von Bäumen in der Stadt kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Stadtbäume leisten einen wesentlichen Beitrag zur Klimawandelanpassung, zur Bindung von CO₂ und zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität in öffentlichen Freiräumen. Sie sind Augenweide, Schattenspender, Lebensraum, Luftfilter, sorgen für Kühlung und bieten Lärmschutz. Deshalb finden wir Grüne, dass es gar nicht genug davon geben kann!

Zwar kann mit der im Straßenbaumkonzept beschlossenen Neupflanzung von 1.000 Bäumen jährlich der Straßenbaumbestand deutlich erweitert werden. Gleichzeitig muss jedoch dem Schwund des Baumbestandes in den zurückliegenden Jahren sowohl an Straßen als auch in Parks aufgrund zunehmender Trockenphasen und der ab 2010 weggefallenen – und nun zum Glück seit März dieses Jahres wieder geltenden – Baumschutzsatzung deutlich entgegengetreten werden. Damit 5.000 zusätzliche Ersatzpflanzungen – wie im Sofortmaßnahmenprogramm zum Klimanotstand vorgesehen – vorgenommen werden können, konnten wir im Doppelhaushalt 2021/22 eine Aufstockung der Mittel sowie zwei neue Vollzeitstellen für Beratung, Controlling und Umsetzung der Pflanzungen bewirken. Diese Bäume sollen hauptsächlich in Parks, als Quartiersbäume auf Stadtplätzen und an Einmündungen von Straßen gepflanzt werden. Damit Leipzig seinen grünen Charakter behält und auf Jahre, Jahrzehnte festigt!

Leipzig familienfreundlich, sozial und vielfältig gestalten!

Starke Kinder- und Jugendliche zur Krisenbewältigung

Für die Förderung der Vereine und Verbände der Kinder- und Jugendarbeit stehen in den kommenden beiden Jahren über 16 Mio. Euro zur Verfügung. Auf Initiative des Jugendhilfeausschusses und unter sehr konstruktiver Kooperation der neuen Jugend-Bürgermeisterin Vicki Felthaus wurde das Budget gegenüber der Förderperiode 2019/20 somit um etwa eine weitere Million Euro pro Jahr angehoben und ermöglicht neben einer Dynamisierung um etwa 3% auch neue und innovative Projekte. Unsere Fraktion legte in den Haushaltsdiskussionen u.a. großen Wert auf die

Finanzierung der Projekte Careleaver und Jugendwohnen, der Inspirata, der internationalen Jugendarbeit und einen Ausbau der Familienbildung. Bei der Familienbildung haben wir uns u.a. für das mit dem Familienfreundlichkeitspreis ausgezeichnete Projekt MAQAM des Mütterzentrums Plagwitz und ein neues Familienzentrum in Paunsdorf engagiert.

Insgesamt ist das Verhandlungsergebnis sehr erfreulich, weil es den großen Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit gerecht wird, die mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie einhergehen. Schon heute wird von der „Generation Corona“ gesprochen und durch Studien zur coronabedingten psychischen Belastung von Kindern und Jugendlichen bestätigt.

Dies zeigt, dass die Erfahrungen der Pandemie junge Menschen noch längere Zeit beschäftigen werden und bewältigt und verarbeitet werden müssen, damit die Krise eben nicht zur prägenden Erfahrung einer ganzen Generation wird. Neben dem Elternhaus gibt es dafür kaum eine verlässlichere Struktur als die Kinder- und Jugendhilfe mit ihren vielfältigen Angeboten und Maßnahmen. Es braucht Erfahrungsräume, um diesen individuellen Entwicklungsbedarfen in den Sozialräumen gerecht zu werden, Beratungsangebote, um psychische Belastungen zu bearbeiten, aber auch einfach Freiräume, in denen junge Menschen einen Ausgleich finden zum Stress und den Belastungen der letzten Monate. Nach der nationalen Kraftanstren-

gung zur Bekämpfung der aktuellen Pandemie wird es auch eine zur Bekämpfung der sozialen und emotionalen Folgen benötigen. Eine starke Jugendhilfe ist dabei ein wichtiger Baustein.

Der Beschluss des Stadtrates, auch in finanziell und wirtschaftlich schwierigen Zeiten die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, ist daher ein positives und wichtiges Signal an die Stadtgesellschaft und an junge Leipziger*innen!

Weitere Kinder- und Familienzentren

Die Entwicklung von Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren ist mehr als nur eine Namensgebung. In einem sogenannten KiFaZ steht zusätzliches Personal für die Arbeit mit den Familien zur Verfügung. Familienbildung wird dort nicht nur zum Selbstverständnis und zur Querschnittsaufgabe, sondern kann durch die zusätzlichen Ressourcen auch effektiver und zielgerichteter umgesetzt werden. Unterschiedliche Formen der Elternarbeit fördern den Aufbau von Erziehungspartnerschaften und die Stärkung der erzieherischen Kompetenzen. Außerdem stehen Sprach- und Kulturmittler*innen den Familien mit Migrationshintergrund bei der Integration in die Kita zur Verfügung. Mittlerweile verfügt Leipzig über 21 Kinder- und Familienzentren. Und es sollen mehr werden. Wir konnten uns erfolgreich durchsetzen, dass im Haushalt Mittel für den Ausbau weiterer fünf KiFaZ zur Verfügung gestellt werden. Profitieren wird dadurch u.a. die Kita am Mariannenpark des CVJM, die sich bislang schon über eine Landesförderung erfolgreich auf den Weg gemacht hatte und nun nach Auslaufen dieser Förderung in die KiFaZ-Familie überführt werden kann.

Der Ausbau der Kinder- und Familienzentren in Leipzig als bewährtes Mittel wirksamer Familienhilfe kann so weiter vorangehen.

Leipziger Christopher-Street-Day gestärkt!

2019 erfuhr der CSD in Leipzig einen unerwarteten Besucher*innen-Anstieg, erstmals weit über 10.000 Menschen kamen dazu ins Stadtzentrum. Das Thema Vielfalt lockt zusehends mehr Auswärtige nach Leipzig, ein „CSD-Tourismus“ kann als Trend bundesweit beobachtet werden. Diese Entwicklung wurde 2020 coronabedingt jäh unterbrochen. In diesem und im nächsten Jahr wollen wir an die Teilnehmendenzahl von 2019 anknüpfen.

Der Leipziger CSD ist bewusst rein politisch ausge-



richtet und es erfolgt kein Sponsoring durch private Firmen und Partner. Dies unterscheidet ihn von den kommerziell mitgeprägten CSDs in anderen Städten. Die damit verbundenen gewachsenen Herausforderungen an innerstädtische Veranstaltungsplätze, an den Technikeinsatz sowie die Logistik, insbesondere was den Konvoi der CSD-Trucks anbelangt, müssen sich in einem Budgetaufwuchs widerspiegeln, will man als Veranstaltung und Plattform für Vielfalt attraktiv bleiben und diese bundesweit noch ausbauen. Bislang standen dem CSD lediglich 5.000 Euro pro Haushaltsjahr zur Verfügung, die dafür nicht mehr ausreichen. In den Haushaltsverhandlungen ist es uns gelungen, das Budget auf 12.500 Euro pro Jahr zu erhöhen. Dieser Mittelaufwuchs wird wiederum zumindest teilweise kompensiert, da sich CSD-Tourist*innen oft mehrtägig vor Ort aufhalten, was wiederum die lokale Wirtschaft und die städtischen Einnahmen, u.a. im Rahmen der Gästetaxe, stärkt.

Hardware for Future – nachhaltige Beschaffung digitaler Endgeräte an Leipziger Schulen

Hardware for Future ist das Projekt des Vereins dezentrale e.V. gemeinsam mit der städtischen Lecos, welches dabei helfen soll, einkommensschwache Familien zu unterstützen und Kindern und den Familien Zugang zu digitaler Teilhabe zu ermöglichen. Inhalt des Projekts ist es, dass alte, nicht mehr benötigte Technik professionell aufbereitet wird, damit diese weitergegeben werden kann. In unserer schnelllebigen (Technik-)Welt ist dies eine nachhaltige, aber vor allem auch dringend nötige Verwendung der Altgeräte.

Wir haben die Verwaltung beauftragt, eine Verstetigung und Ausweitung des Projekts zur nachhaltigen Beschaffung digitaler Endgeräte an Leipziger Schulen zu gewährleisten.

Wir konnten erreichen, dass die Verwaltung jährlich mindestens 20.000 Euro aus dem Referat Digitale Stadt bezuschusst. Dies ist wesentlich weniger, als wir uns erhofft hatten. Bisher standen jedoch keine Mittel zur Verfügung, so dass wir mit dem Ergebnis dennoch glücklich sind. Wir hoffen nun, dass als allererstes noch viel mehr Familien von dieser Idee erfahren – erzählen Sie es gern weiter! – und zweitens, dass nun noch viel mehr Familien davon profitieren können. Dies ist eine Chance für viele, ohne große bürokratische Hürden.

Finanzspritze für Leipzigs Spielplätze

Ein grünes Dauerthema seit über zehn Jahren sind die mittlerweile über 300 Leipziger Spielplätze. Durch die enorm gewachsene Zahl der Leipziger Kinder und dem jahrzehntelangen Sanierungsstau ist der Investitions- und Instandhaltungsbedarf nach wie vor groß. Wie in jedem der vorangegangenen Haushalte haben wir erfolgreich die Aufstockung der Mittel eingefordert. So konnten in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche neue Spielplätze wie etwa in Großschocher, der Etzoldschen Sandgrube, am Rennbahnweg, im Wildpark, in Gohlis, Lindenau, Engelsdorf, Mölkau u.a. entstehen oder alte komplett ersetzt werden. So wird

es auch in den kommenden Jahren weitergehen, denn die Prioritätenliste des zuständigen Amtes für Stadtgrün ist lang. So ist bis Herbst geplant, die große Skateanlage neben dem Heizhaus in Grünau zu vollenden. Weitere Spielplätze wie beispielsweise auch am Elsterstausee sind in Planung, andere müssen saniert werden, um die Sicherheit der Kinder zu gewährleisten und den Familien Spiel- und Freizeitmöglichkeiten zu bieten. Denn nicht zuletzt Corona hat den Run auf unsere Leipziger Spielplätze noch weiter verstärkt. Im Haushalt stehen für die nächsten beiden Jahre dank unserer erneuten Initiative etwa 1 Mio. Euro jährlich zur Verfügung.



Wohnungssuche für Geflüchtete stärken

Für Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, ist es wichtig, wieder einen sicheren Platz zu finden. Eine Wohnung, die ihnen Sicherheit und Schutz bietet, ist unbedingt nötig, um sich eine Zukunft aufbauen zu können. Für geflüchtete Menschen ist es allerdings eine Aufgabe mit vielerlei Hürden, eine solche zu finden. Dabei unterstützt die „Kontaktstelle Wohnen“, finanziert über das Sozialamt, bei der Bewältigung dieser Herausforderung. Leider ist dieses Angebot durch anhaltende finanzielle Unsicherheiten gefährdet. Mit zusätzlichen Mitteln könnte das Angebot bedarfsgerecht erweitert und stabilisiert werden, so dass dem Zustrom an Ratsuchenden und den notwendigen vertraulichen Beratungen auch räumlich gerecht werden kann.

Wir hatten 30.000 Euro für das Jahr 2022 beantragt, immerhin konnten 12.500 Euro für ebendieses Jahr beschlossen werden.

Internationale Beziehungen zu unseren Partnerstädten werden gestärkt

Wir sind der Überzeugung, dass nicht erst nach Corona die Voraussetzungen zu einer nachhaltigen Stärkung unserer Beziehungen zu unseren internationalen Städtepartnerschaften verbessert werden müssen. In die Haushaltsverhandlungen haben wir deshalb konkrete Ideen eingebracht. So hatten wir beantragt, im Markt 17 ein Büro und in gemeinschaftlicher Nutzung einen Veranstaltungsraum für Meetings und Veranstaltungen für unsere Städtepartnerschaftsvereine als einen ersten Schritt zu einem internationalen Haus zu realisieren. Zudem sollen finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um innerhalb des Weihnachtsmarktkonzeptes ein „Marktplatz der Partnerstädte“

zu organisieren, bei dem Händler und Vereine Produkte und Informationen aus und zu unseren Partnerstädten anbieten können. Ebenso sollen die Fördermittel für die Förderung der Arbeit der Städtepartnerschaftsvereine um 80.000 Euro erhöht werden, um besondere Ereignisse in einzelnen Partnerschaften mit einem erhöhten Zuschuss besonders fördern zu können. Mit diesen Initiativen konnten wir uns recht erfolgreich durchsetzen. So wurde uns zumindest ab 2022 die personelle Stärkung des Referats Internationale Beziehungen um eine weitere Stelle und eine Sachkostenerhöhung um 50.000 Euro zugesprochen. Im Weiteren werden wir uns für die Umsetzung der inhaltlichen Aspekte unserer Initiative engagieren.

Kostenfreie Periodenprodukte in öffentlichen Gebäude

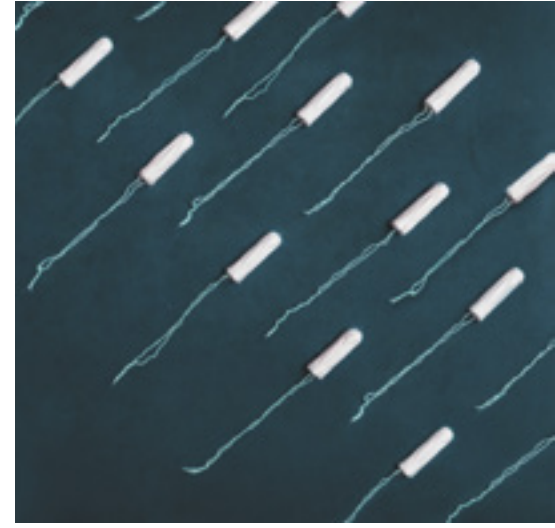
Wir haben uns in den Haushaltsberatungen sehr dafür eingesetzt, dass die Stadt Leipzig kostenfreie Periodenprodukte in öffentlichen Gebäuden zur Verfügung stellt. Kosten würde dies aus unserer Sicht lediglich

15.000 Euro pro Jahr – im Vergleich zu den restlichen Ausgaben der Stadt ein recht kleiner Beitrag. Und trotzdem sind wir mit diesem Antrag gescheitert, es gab einen seltenen Patt im Stadtrat, nur eine Stimme hat zur Mehrheit gefehlt. Dabei sollte es selbstverständlich sein. Es geht hierbei nicht um etwas, was Frauen und Menstruierende zusätzlich wollen, sondern um etwas, was sie jeden Monat benötigen. Seife, Papierhandtücher, Toilettenpapier sind selbstverständlich überall kostenfrei zu finden – Tampons und Binden jedoch nicht. Wer, aus welchen Gründen auch immer, keine entsprechenden Hygieneprodukte dabei hat, ist vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, kann mitunter nicht arbeiten oder in die Schule gehen.

Menstruation ist im Jahr 2021 noch immer ein Tabuthema. Und die Folgen sind für Menstruierende gravierend. Scham und Ausgrenzung sind die Folge. Über gesundheitliche Aspekte wird kaum gesprochen.

Leipzig hätte die erste Stadt in Deutschland sein und hier mit ihren öffentlichen Gebäuden eine Vorbildfunktion einnehmen können. Gleichzeitig hätten in 2021/22 wichtige Erkenntnisse und Erfahrungen ge-

wonnen werden können, mit deren Hilfe die Bereitstellung kostenfreier Menstruationsprodukte in späteren Jahren ausgeweitet werden könnte. Wir bleiben an dem Thema dran!



Leipzig – Stadtentwicklung mit Zukunft

Bezahlbares Wohnen für Alle

Im Rat konnten wir für über 10 Mio. Euro für einige unserer Hauptanliegen im Doppelhaushalt 2021/22 erstreiten: Leerstand bekämpfen, Freiräume bewahren und bezahlbares Wohnen ermöglichen.

Wir haben uns dem Thema von verschiedenen Seiten genähert. Mit Modernisierungen, Instandsetzungen und Leerstandsmanagement wollen wir Wohnungsleerstände abbauen. Zusammen mit den Linken und der SPD konnten wir ab dem Jahr 2022 zwei zusätzliche Stellen beim Amt für Wohnbauförderung in den Haushalt einstellen. Diese Stellen sollen sich um die künftige Überwachung von Zweckentfremdungsverboten und die Erfassung von Leerständen und zur Beratung und Begleitung von Eigentümer*innen (Leerstandsmanagement) kümmern. Momentan stehen in Leipzig geschätzt 12.000 Wohnungen leer, viele davon als Spekulationsobjekte. Gegen spekulativen Leerstand hilft aber nicht nur die Erfassung von Leerstand, sondern auch das Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot gemäß § 177 BauGB. Sofern der oder die Eigentümer*innen nachweist, dass die Auflagen aus wirtschaftlichen Gründen nicht umgesetzt werden

können, ist eine Ersatzvornahme durch die Stadt oder durch kommunale Unternehmen wie die LESG notwendig. Darüber hinaus können direkte finanzielle Anreize für Modernisierungen und Instandsetzungen einen Beitrag leisten, um leerstehende Mehrfamilienhäuser insbesondere für soziale, kulturelle und kleingewerbliche Nutzungen inwertzusetzen. Hierfür konnten wir jeweils 1,5 Mio. Euro in 2021/22 im Haushalt festlegen.

Aber auch jenseits des Themas Leerstand konnten wir erfolgreich für bezahlbareres Wohnen sorgen. Zusätzlich 6 Mio. Euro wurden im Rat beschlossen, damit die Stadt nun in sozialen Erhaltungsgebieten ihr Vorkaufsrecht wahrnehmen und so Liegenschaften erwerben kann. Ziel ist es, dass ein Teil der Liegenschaften weitergegeben werden soll – am besten im Konzeptverfahren und per Erbbaupacht. Als mögliche Abnehmer stellen wir uns Kleingewerkschaften, aber auch Wächterhaus- und Mietshäuser-Syndikatprojekte vor. Der letzte Baustein unseres umfassenden Pakets für bezahlbares Wohnen betrifft das wohnungspolitische Konzept und die Wohnbauförderung. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Summe fanden wir bei Weitem nicht ausreichend und haben eine Verdopplung auf insgesamt 3 Mio. Euro für 2021/22 gefordert. Geworden sind es immerhin 2 Mio. Euro. Mit Hilfe dieses Geldes kann nun das wohnungspolitische Konzept umgesetzt werden. Außerdem steht es für die Förderung von kleinen und großen Wohnungen sowie für Wohnungen zum KdU-Satz für ALGII-Empfänger*innen zur Verfügung. Mit der Absenkung waren wir einverstanden, weil die von Stadtrat*innen darüber hinaus beantragten 3 Mio. Euro für die Sanierung von Großwohnsiedlungen von LWB und Genossenschaften auch in unserem Sinne sind.

Alles in allem sind wir sehr zufrieden mit den Haushaltsverhandlungen, in denen wir auf unsere Initiative hin ein umfassendes Paket für bezahlbares und vielfältiges Wohnen schnüren konnten.

Stärkung der digitalen Stadt durch WLAN-Ausbau

Ein gut funktionierendes WLAN ist für die Stadt Leipzig unumgänglich auf dem Weg zur Digitalen Stadt. Gerade im Bereich Tourismus denken wir an die digitale Gästeinformation, Besucherlenkung und Monitoring- und Planungsprozesse. Auch öffentliches WLAN ist essentiell für einen Touristenmagneten wie Leipzig.

Wir haben 200.000 Euro jährliche Budgeterhöhung beschlossen. Dies ist ein Investment in einen Vermögenswert der Digitalen Stadt, um auch zukünftig wettbewerbsfähig zu bleiben. Leider konnten wir keinen expliziten WLAN-Ausbau für Schulen erreichen. Auch hier besteht mancherorts noch dringender Handlungsbedarf.

Energieeinsparprogramme und Sanierungskonzepte

Mit dem Klimafortmaßnahmenprogramm wurden zwei Vorhaben zur Energieeinsparung beschlossen und deren Finanzierung erst durch unser Intervenieren im Haushaltsplanprozess gesichert. Die energetische Sanierung von Stadtquartieren ist ein wesentlicher Beitrag auf dem Weg zur Klimaneutralität. Dazu sollen in 2021 gemeinsam mit der L-Gruppe Handlungskonzepte entwickelt werden und 2022 eine ergänzende Förderung von Heizungsmodernisierungen erfolgen.

Darüber hinaus können mit einer verstärkten energetischen Sanierung kommunaler Gebäude insbesondere durch Einzelmaßnahmen wie Heizungs- oder Fenstertausch wirksame Energieeinsparungen und damit eine signifikante CO₂-Reduzierung erreicht werden. Dabei amortisieren sich die Investitionen durch die eingesparten Energiekosten. Mit der vorgeschlagenen Erhöhung des Intracting-Budgets (Erhöhung des Ansatzes in 2021 und 2022 um 500.000 Euro auf



die im Sofortmaßnahmenprogramm vorgesehenen (750.000 Euro) kann das geplante Volumen dieser investiven Maßnahmen nun verdreifacht werden.

Mehr Freiräume in den Quartieren

Angesichts einer wachsenden Stadt gewinnt die mehrfache Nutzung des Freiraums sozial, aber auch stadtklimatisch an Bedeutung. In vielen Städten werden durch verkehrsberuhigende Maßnahmen zusätzliche Freiräume im Quartier erschlossen. Erste Projekte sollen zeitnah entsprechenden Ratsbeschlüssen folgend an Floßplatz und Shakespearestraße realisiert werden. Weitere Projekte bieten sich angesichts bereits bestehender Initiativen in Volkmarisdorf/Neustadt-Neuschönefeld und Lindenau an. Wir wollen die Stadtverwaltung beauftragen, aufbauend auf einer Machbarkeitsstudie, anhand eines zu entwickelnden Kriteriensets solche „Coolen Straßen“ und Plätze zunächst mit drei Pilotprojekten und schließlich jeweils in einem Stadtbezirk zu ermitteln. Begleitend sollen nach dem Vorbild des erfolgreichen Aktionsprogramms „Grätzloase“ in Wien Projekte unterstützt werden, die zeigen, wie der Platz oder Straßenraum nebenan oder direkt vor der Haustür vielfältig genutzt werden kann. Beispiele sind Aktionen im Straßenraum, Parklets, in den Sitzgelegenheiten und Grünpflanzen kombiniert werden, Sonnensegel oder Nebelduschen. Die Umsetzung dieser Ziele soll nun mithilfe der zur Umsetzung der Mobilitätsstrategie zusätzlich vom Stadtrat bewilligten sieben Personalstellen zumindest konzeptionell geleistet werden. Was die anschließende finanzielle Umsetzung angeht, so werden wir uns allerdings weiter um die notwendigen Mittel bemühen müssen.

Mehr Bänke für die Stadt

Aufenthalt im Freien und mit Abstand wird immer wichtiger und ist dementsprechend zu fördern und attraktiv zu machen. Das Sitzbankkonzept für die Leipziger Innenstadt, welches der Stadtrat im Juni 2020 für die Leipziger Innenstadt beschlossen hat, benennt einen Finanzbedarf von etwa 450.000 Euro

sowie Folgekosten für Unterhaltung und Pflege. Mit den im Haushaltsentwurf lediglich vorgesehenen 25.000 Euro wären fast 20 Jahre für dessen Umsetzung notwendig, ein Wahnsinn... Dies ist den Menschen unserer Stadt nicht vermittelbar und auch nicht unser Anspruch, so unsere Argumentation. Um eine Beschleunigung zu ermöglichen, bräuchte es in jedem Fall zwei zusätzliche Personalstellen und deutlich erhöhte Mittel für Planung, Erwerb und Installation. Zumindest einen Teilerfolg konnten wir im Haushalt erringen, indem für 2021 50.000 Euro und für 2022 100.000 Euro für die Anschaffung neuer Sitzbänke sowie die Reparatur bereits bestehender Sitzbänke im öffentlichen Raum bereitgestellt werden. Dadurch, dass sich die anderen Fraktionen aber gegen die nötige Personalaufstockung gesperrt haben, bleibt unsere Befürchtung bestehen, dass die aufwendigen Vorplanungen aufgrund fehlenden Personals auf der Strecke bleiben und die zur Verfügung gestellten Mittel so gar nicht abgerufen werden können. Denn trivial ist die Planung nicht! Aufwendige Planungs- und Genehmigungsprozesse sind unvermeidlich, denn die Sitzgelegenheiten in der Innenstadt befinden sich in den Geschäftsstraßen, unter denen zahlreiche Leitungen und Versorgungsschächte verlaufen und in denen regelmäßig auch Veranstaltungen stattfinden.

Bürgerbeteiligung wird nur zaghaft gestärkt

Um allen Leipziger*innen Teilhabe am städtischen Gestaltungsprozess zu ermöglichen, hat unsere Fraktion die Stärkung der Bürger- und Akteursbeteiligung zu einem der Schwerpunkte der Haushaltsverhandlungen gemacht. Denn sowohl Pandemie und Klimaschutz als auch die wachsende Stadt verlangen beste Bürgerbeteiligung bei städtischen Vorhaben. Digitale wie analoge Beteiligungsverfahren sind weiter innovativ wie experimentell eine Herausforderung unserer Zeit. Beste Bürgerbeteiligung, ob analog oder digital, funktioniert unseres Erachtens nur so, wenn die relevanten sechs Dezernate bzw. Ämter (Amt für Wohnungsbau und Städtebauförderung, Stadtplanungsamt,



Verkehrs- und Tiefbauamt, Amt für Stadtgrün und Gewässer, Dezernat Finanzen, Kulturamt) um je eine Personalstelle gestärkt werden und sich diese mit Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligungsformen in gemeinsamer Rückkopplung zur Koordinierungsstelle „Leipzig Weiterdenken“ mit Beteiligungsfragen auseinandersetzen. Auch die Koordinierungsstelle selbst sollte nach unserer Auffassung zur Betreuung, Planung und Umsetzung innovativer und ständig weiterentwickelnder Beteiligungsformen (Experimentallabor Demokratie) personell um zwei Stellen gestärkt werden. Bei diesen Zielen gab es in der Vergangenheit mehr oder weniger starke Defizite, die auch in den diesjährigen Verhandlungen neu aufflammten. Im Ergebnis haben wir als kleinen Teilerfolg lediglich die beiden zusätzlichen Stellen bei „Leipzig Weiterdenken“ erreichen können. Die „Satelliten“ in den Dezernaten fehlen auch künftig, ebenso wie signifikante finanzielle Mittel zur Durchführung mehrstufiger Beteiligungsformate. Für ein funktionierendes und integriertes Gesamtkonzept ist dies unzureichend und bedeutet lediglich einen ersten Schritt.

Für eine nachhaltige Mobilität

Mehr Personal für die Umsetzung der Mobilitätsstrategie

Das „Nachhaltigkeitsszenario“ ist die vom Stadtrat einstimmig beschlossene Mobilitätsstrategie. Und trotz des dazugehörigen und ebenfalls beschlossenen Rahmenplans geht die Umsetzung viel zu zäh voran. Diese ist aber unabdingbar vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen und im Einklang mit den Zielen der Stadt Leipzig, die sich u.a. aus der Ausrufung des Klimanotstands, dem geltenden Lärmaktionsplan und dem geltenden Luftreinhalteplan ergeben. Unsere Fraktion hat sich daher mit Linken und Freibeutern für die bereits in früheren Beschlüssen zugesagten Personalstellen stark gemacht, die es für eine erfolgreiche Begleitung der Mobilitätswende braucht, die aber im Haushaltsplanentwurf schlichtweg gestrichen wurden. Die durch den Antrag nun zusätzlich erreichten sieben Personalstellen sollen



neben der Umsetzung des Nachhaltigkeitsszenarios auch für die Planung weiterer Lichtsignalanlagen und von Radschnellwegen genutzt werden.

Sofortmaßnahmen bei Rad- und Fußwegen

Wer ärgert sich nicht über den Zustand vieler Rad- und Fußwege in Leipzig? Dabei scheinen viele Mängel schnell und unkompliziert behebbar. Ein Sofortmaßnahmenprogramm, auf das die Rad- und Fußverkehrsbeauftragten zugreifen könnten, sollte hier Abhilfe schaffen. Denn neben der Erarbeitung eines strategischen Konzeptes für den Fußverkehr in Leipzig untersucht der Fußverkehrsbeauftragte neue Projekte dahingehend, ob die Belange der Fußgänger*innen berücksichtigt werden. Außerdem fungiert er als Ansprechpartner für Bürger*innen und Verbände. Wir sind der Meinung, dass der Fußverkehrsbeauftragte genauso wie der Radverkehrsbeauftragte auch weiterhin effektiv in die Lage versetzt werden müssen, mit der Umsetzung kleinerer Sofortmaßnahmen auf unangemessene und nachteilige Situationen kurz-

fristig reagieren zu können. Für die Fußgänger*innen können sich diese z. B. aus fehlenden Durchwegungen und Verbindungstreppen/-rampen, fehlenden Gehwegnasen oder plötzliche endenden Fußgängerwegen ergeben.

Ziel muss es sein, die Möglichkeit zu schaffen, sich in unserer Stadt einfach und sicher von A nach B, auf möglichst kurzem Wege, zu bewegen. Die Verwaltung hat uns nun zugesagt, dass sie für derartige Sofortmaßnahmen für Fußgänger*innen pro Jahr durchschnittlich 266.000 Euro zur Verfügung stellt. Im Bereich des Radverkehrs sind im Doppelhaushalt 2021/22 ebenfalls zusätzliche Mittel eingestellt. So beinhaltet das Aktionsprogramm Radverkehr über 70 kurzfristig umsetzbare Maßnahmen, die in den nächsten zwei Jahren bearbeitet werden sollen, mit einem städtischen Eigenmittelanteil von insgesamt > 2,8 Mio. Euro über beide Jahre.

Im darauffolgenden Doppelhaushalt 2023/24 wird dann ein neuer Radverkehrsentwicklungsplan in Kraft treten und auf einen Fußverkehrsentwicklungsplan hingearbeitet, was schon jetzt eine dann folgende Diskussion über finanzielle und personelle Ressourcen erwarten lässt.

Leipzigs Kultur, Sport und Freizeit

Erfolgreich engagieren konnten wir uns mit mehreren Initiativen im Bereich der kulturellen Einrichtungen und der Freien Szene. Hierzu verweisen wir gern auf die Beiträge von Anna Kaleri und Annette Körner auf Seite 8.

Provenienzforschung ernst nehmen

Provenienzforschung, also die Forschung nach der Geschichte der Herkunft (Provenienz) von Kunstwerken und Kulturgütern, ist mittlerweile eine Kernaufgabe von Museen. Das finden nicht nur wir, sondern diese Aussage ist auch fest im Leipziger Museumskonzept verankert.

Deswegen ist es erfreulich, dass im Haushaltsplan 2021/22 auf grüne Initiative eine Vollzeitstelle mit dem Aufgabenbereich Provenienzforschung im Museum der Bildenden Künste (MdbK) geschaffen wurde.

Provenienzforschung ist nicht nur Teil der Verantwort



Keine neuen Messstationen am Flughafen

Eine Mehrheit im Stadtrat hat unseren Antrag, fünf oder zumindest drei neue Fluglärm-Messstationen zu installieren, abgelehnt. Der Flughafen betreibt zwar die ihm gesetzlich vorgeschriebenen zehn festen Fluglärmmessstationen. Auf dem Leipziger Stadtgebiet jedoch gibt es nur eine feste Fluglärmmessstation, und zwar in Hohenheida. In den durch die einseitige Frequentierung der südlichen Start- und Landebahn in der Nacht besonders betroffenen Leipziger Ortschaften wie etwa Lützschena-Stahmeln, Wahren, Böhlitz-Ehrenberg oder Lindenthal gibt es keine!

Frankfurt am Main hat zuletzt vier feste Fluglärmmessstationen zusätzlich eingerichtet (und das, obwohl am Frankfurter Flughafen von 22:00 bis 5:00 Uhr Nachtflugverbot gilt) und selbst die Stadt Leuna, immerhin 30 km vom Flughafen Leipzig entfernt, hat drei eigene Messstationen eingerichtet und von Gutachtern ein Lärmgutachten erstellen lassen, das – Zitat – im „Ergebnis einen gemessenen Maximalpegel teils über 60 dB(A) (Lasmax) festgestellt“ hat.

2019 und 2020 waren jeweils für drei Monate mobile Messstationen in Lützschena-Stahmeln aufgestellt.

tung von Museen und Sammlungen, sie muss auch mit großer Verantwortung durchgeführt werden. Die Ansprüche an die Provenienzforschung sind dementsprechend hoch. Nicht nur sollen Fragen über die Herkunft von Werken beantwortet werden, vielmehr sollen auch Zusammenhänge der Stadt- und Zeitgeschichte aufgedeckt werden.

Dass wir dem MdbK mit einer zusätzlichen Stelle ermöglichen, seine Provenienzforschung nachhaltig zu betreiben, war höchste Zeit. Die politischen Ereignisse im 20. Jahrhundert, Diktatur, Raubkunst und Enteignung haben jede Menge unklare Provenienzen hinterlassen. Zeit also, Licht ins Dunkel zu bringen. Provenienzforschung geht uns alle an.

Sanierungsprogramm für Bolzplätze kommt

Vor zwei Jahren noch an einer breiten Mehrheit des Stadtrates gescheitert, in diesem Jahr aber ein Teilerfolg – der Stadtrat hat jährlich 50.000 Euro für die Planung und Sanierung von öffentlichen Bolzplätzen beschlossen.

Die Sanierung öffentlicher Bolzplätze ist auf fast allen Anlagen dringend notwendig, weil diese in einem mittlerweile schlechten Zustand sind. Da sich Fußball anhaltend hoher und weiterwachsender Beliebtheit erfreut, muss endlich gehandelt werden. Nicht zuletzt die anhaltende Pandemie und damit verbundene Schließungen von Turn- und Schwimmhallen hat uns vor Augen geführt, wie wichtig eine gute Infrastruktur zum Treiben sportlicher Aktivitäten im öffentlichen Raum und unter freiem Himmel ist. Anhand einer zu erstellenden Prioritätenliste sollen die Bolzplätze schrittweise mit dem zur Verfügung gestellten Budget saniert und so wieder optimal nutzbar gemacht wer-

Die Messdaten dieser Stationen sind bis heute nicht veröffentlicht, trotz mehrerer Nachfragen der Betroffenen, übrigens auch bei der Stadt Leipzig. Der Flughafen und die Fluglärmkommission spricht in diesem Fall von einem „Lärmphänomen“. Nur so viel dazu, dass mittlerweile wohl auch unabhängige Fluglärmmessungen notwendig sind. Das Messdatentheater wird sich – so ist vorauszusehen – auch in Hinblick auf andere Emissionen wie CO₂ oder Feinstaub fortsetzen.

Es wurde und wird wiederholt darauf hingewiesen, wie wichtig der Flughafen für die wirtschaftliche Entwicklung ist, wie sehr die Stadt vom Frachtflughafen profitiert. Gerade deswegen wäre es nur recht und billig, wenn auch den Sorgen der Leipziger Bürger*innen entsprechend Rechnung getragen würde. Denn gegenüber den betroffenen Bürger*innen und Ortschaften halten wir es für nicht vermittelbar, dass die Stadt 2020 für Anteilszahlung (2,1 %) und Bilanzausgleich in Summe etwa 1,1 Millionen Euro an den Flughafen überweist, – der Stadtrat aber den nur fünfstelligen Beitrag von 60.000 Euro für Lärmschutzmaßnahmen verweigert. Dies zeigt einmal mehr, dass der Leipziger Stadtrat die Sorgen der Bürger*innen bezüglich des Flughafenausbaus tatsächlich wenig ernst nimmt.

den. Auf dieser Grundlage kann mit den beschlossenen Mitteln in 2021 mit ersten Planungen begonnen werden.

Das Nachbarschaftszentrum Ostwache muss endlich Fahrt aufnehmen



Die Ostwache ist eine der „Never-Ending-Stories“ im Rat. Nach mehreren Ratsbeschlüssen steht nun endlich die Übertragung des alten Feuerwehrgebäudes in Anger-Crottendorf und seine bauliche Instandsetzung an. Zeit also, dass das Nachbarschaftszentrum in 2021 und 2022 endlich auch seine eigentliche Arbeit aufnehmen kann. Dafür haben wir erfolgreich eine Anschubfinanzierung von 20.000 Euro in 2021 und 30.000 Euro in 2022 in den Haushaltsverhandlungen durchsetzen können. Damit kann das Gesamtprojekt koordiniert und Formate wie eine Nachbarschaftssprechstunde sowie Informations-, Planungs- und Diskussionsveranstaltungen organisiert werden. Los geht's!

Inklusion und Teilhabe gestalten und sicherstellen!

von Nuria Silvestre

Ein Paradigmenwechsel in unserer Gesellschaft drängt: Menschen mit Behinderungen dürfen nicht länger als Herausforderung oder als „Extramaßnahme“ gesehen werden. Stattdessen sind ihre Bedürfnisse als Motivation für die Verbesserung unserer Strukturen und Angebote zu betrachten! Nur so können wir sicherstellen, dass wir die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention für alle einhalten, und zwar nicht nur für diejenigen, die heute behindert sind, sondern auch präventiv für die, die zukünftig behindert sein könnten. Die Verbesserung der Strukturen und Angebote bedeutet: Teilhabe für alle!

Einiges ist schon umgesetzt worden, aber es gibt in jedem Bereich des öffentlichen und privaten Lebens noch viel Luft nach oben. In Leipzig folgen wir seit 2017 einem Teilhabeplan mit 115 Maßnahmen. Im letzten Umsetzungsbericht wurden nur 38 umgesetzt, weitere 48 befanden sich noch in Bearbeitung, mit 13

hat die Stadt Leipzig damals noch nicht begonnen und zwei waren nicht umsetzbar. Dieser Prozess erscheint uns sehr langsam.

Die Corona-Pandemie kommt momentan noch erschwerend hinzu und hat die Ungleichheiten weiter verschärft. Um dagegen vorzugehen, benötigen wir nicht nur Vernetzung und Planung, sondern auch mehr Personal, welches die Maßnahmen des Teilhabeplans und die damit verbundenen Qualitätskontrollen durchsetzen kann. Sehr wichtig hierbei wäre es, dass auch mehr Stellen möglichst durch Menschen mit Behinderung besetzt werden. Die Stadt Leipzig sollte hier Verantwortung übernehmen, ein Zeichen setzen und dadurch Vorbild sein, indem sie den Bereich Soziales und insbesondere Behinderung und Diskriminierung ausbaut. Als Beispiel hat unsere Fraktion einen Antrag „Leipzig aktiv gegen Diskriminierung“ im Stadtrat eingereicht und dessen Zustim-

mung erhalten. Bislang ist die Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderung jedoch ein entfernter Wunsch, weil Theorie und Praxis leider immer noch weit auseinanderklaffen. Wir bleiben aber am Ball – für echte Gleichberechtigung und Inklusion!



Inklusions-, migrations- und gesundheitspolitische Sprecherin

- Jahrgang 1979
- Sozialpädagogin
- verheiratet
- 2 Kinder

✉ nuria.silvestre@stadtrat.leipzig.de

📘 /NuriaSilvestreLeipzig

Leipzig als UNESCO-"Welthauptstadt des Buches" 2024

von Bert Sander

Leipzig ist, wie kaum eine andere deutsche Stadt, von der internationalen Buchgeschichte geprägt. Wer, wenn nicht Leipzig, sollte „Welthauptstadt des Buches“ heißen?

Aber es geht bei unserer Bewerbung nicht um das Buch oder die Buchgeschichte in toto, sondern diese

Bewerbung ist konkret eingebunden in die Vorbereitung des 2024 bevorstehenden 35. Jahrestags des 9. Oktober 1989. Der politische Umbruch von 1989 ist eng mit der Geschichte der Buchstadt Leipzig verbunden. So ist z. B. der Forum Verlag Leipzig ein Kind der Friedlichen Revolution. Das erste Buch im Programm wurde auch gleich zum berühmtesten des Verlags: Die Anthologie „Jetzt oder nie – Demokratie! Leipziger Herbst '89“ bindet Augenzeugenberichte, Flugblätter, Zeitungsartikel, Interviews und über achtzig Fotos zusammen, die die dramatischen Entwicklungen vom Herbst 1989 dokumentieren. Der Erstverkauf von „Jetzt oder nie – Demokratie!“ fand Sonnabend, 3. März 1990, statt: Die Schlange in Leipzigs Innenstadt war einen halben Kilometer lang, sie reichte zeitweise vom damaligen Karl-Marx-Platz (heute Augustusplatz) / Ecke Grimmaische Straße bis zum Marktplatz.

Von wegen, die „Ossis“ hätten in diesen Tagen nur nach Bananen angestanden. Aus Angst, die vorhandenen Bücher würden dem Käuferandrang nicht gerecht werden, griff Verleger Rolf Sprink zum Megafon und bat darum, doch bitte jeweils nicht mehr als vier Exemplare des Buches zu kaufen. Etwa 6.500 Stück gingen an diesem Vormittag über den Tisch. Diese kleine Geschichte ist nur eine von vielen, die belegt, wie sehr das Buch gerade in Leipzig ein Treiber im Kampf um Demokratie bzw. Meinungsfreiheit war und ist. Unsere besagte Initiative ist nicht nur auf Erinnerung aus, sondern sie würde, so sie erfolgreich sein sollte, dem Buchhandel, den Verlagen, den Druckereien etc. und vor allem auch der für Leipzig so immens wichtigen Buchmesse – zumal nach den Absagen 2020 und 2021 – internationale Werbung, zusätzlichen, neuen Schwung verschaffen.



Stv. Fraktionsvorsitzender, Flughafenpolitischer Sprecher, Vorsitzender des Kulturausschusses

- Jahrgang 1960
- Lektor, Redakteur, Lehrbeauftragter
- verheiratet
- 2 erwachsene Kinder

✉ bert.sander@stadtrat.leipzig.de

Connewitzer Graffitiwand: Jugendliche aktiv beteiligen

von Monika Lazar

Seit Jahren gibt es über die Graffiti-Gestaltung der Wand am Basketballplatz am Connewitzer Kreuz Auseinandersetzungen. Die Sprüche wie „No Cops, no Nazis“, „Antifa Area“ etc. wurden regelmäßig von verschiedenen Seiten übersprüht. Mit der Zeit entwickelte sich nicht nur ein regelrechter Wettbewerb, welche

Gestaltung wie lange hält, sondern wurde geradezu zum „Politikum“ in Connewitz. Mit anderen Stadträt*innen aus Connewitz machte ich einen Vorschlag und beantragte, mit den Schulen im Stadtteil, die sich in der Nähe befinden, Gespräche zu führen und den jeweils zuständigen Lehrer*innen bzw. den passenden Arbeitsgruppen der Schulen die künstlerische Gestaltung der Wand des Basketball-Platzes am Connewitzer Kreuz anzubieten. Die interessierten Schüler*innen mit den zuständigen Lehrer*innen können sich so an der regelmäßigen Gestaltung dieser Wand beteiligen. Mit der Möglichkeit der aktiven politischen Auseinandersetzung und der künstlerischen Gestaltung der Schüler*innen aus dem Stadtteil besteht die Chance, dieses „Politikum“ zu beruhigen und gleichzeitig den Jugendlichen die Chance zu geben, sich mit aktuellen Themen des Stadtteils und darüber hinaus zu beschäftigen. Die Stadtverwaltung soll dafür die notwendigen Vorkehrungen treffen. Ebenso soll geprüft werden, ob die ursprünglich vorgesehenen Elemente – eine Tischtennisplatte und eine Kletterwand – doch noch reali-

siert werden können. Auch der Stadtbezirksbeirat Süd soll bei der Umsetzung mit einbezogen werden. In der Stadtratsitzung am 24. März 2021 wurde über den Antrag abschließend und in einer turbulenten Diskussion debattiert. Ich freue mich sehr, dass der Antrag mehrheitlich im Stadtrat befürwortet wurde. Nun haben wir die Chance, dass sich Jugendliche aus Connewitz aktiv in die Gestaltung und die vorherige Diskussion an ihren Schulen einbringen können.



Stadträtin

- Jahrgang 1967
- Mitglied des Deutschen Bundestages

✉ monika.lazar@stadtrat.leipzig.de



Kultur aus der Krise heraus nachhaltig stärken!

von Anna Kaleri
und Annette Körner

Die derzeitige Pandemie bringt die Stärken und Schwächen unserer Gesellschaft zutage. Sie führt uns vor Augen, wie vulnerabel insbesondere der Kulturbereich ist. Verwundbar ist vor allem, wer von vornherein keine starke Ausgangslage hat. Akteur*innen der Kultur arbeiten schon seit viel zu langer Zeit mit prekären Einkünften und konnten sich kein Polster für Krisenzeiten zulegen. Und das, obwohl sie zu den Menschen gehören, denen die meiste ideelle Wertschätzung zukommt und die für uns alle gesellschaftlichen Mehrwert erzeugen. Sie sind Seismograph und Voranbringer unserer freiheitlichen, pluralistischen Gesellschaft. Ihr zwangsweises Verstummen wird für uns bittere Folgen haben, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, aber auch für die Existenz etlicher nicht institutionell geförderter Vereine und Einrichtungen. Viele Freiberufler*innen werden einen artfremden Broterwerb suchen. Das zeigt noch einmal mehr, wie wichtig es war und ist, eine bessere soziale Absicherung zu fordern in Form von Mindesthonoraren, Stärkung der Verwertungsgesellschaften, der Weiterbildung, Vernetzung und Lobbyarbeit sowie Überwindung der Gender-Pay-Gap. In einer gemeinsamen Erklärung der demokratischen Fraktionen im Kulturausschuss haben wir uns geschlossen vor und hinter unsere Kulturakteur*innen gestellt und trotz angespannter Haushaltslage um Kompromisse gerun-

gen, die beschlossene Dynamisierung der Mittel nicht auszusetzen, Freiflächen wie für das Outs:de zu sichern, das neue Stipendienprogramm für Leipziger Kulturschaffende weiter zu führen (siehe Text von Annette Körner). Wir machen uns weiter für neue Wirkungsorte wie das Festivalhaus in der Gottschedstraße und für eine baldige Umsetzung des Filmkunsthauses stark. In engem Austausch mit den Expert*innen unserer Kulturszene sind weitere Ansätze zu Öffentlichkeitsarbeit und Digitalisierung sowie Freiflächen im Gespräch, um aus der Krise heraus Kultur in Leipzig nachhaltig zu stärken.

Kultur braucht Verbündete, denn die Pandemie kostet. Selten gelangen uns in Haushaltsberatungen so viele Aufstockungen. Noch im letzten Jahr gab es ein zähes Ringen, kommunale Programme für Künstler*innen zu beschließen und auch das Mittelstandsprogramm aufzustocken. Darf man nicht auftreten, vorbereiten, veranstalten, verkaufen etc., sitzen wirtschaftlich Agierende ebenso wie Künstler*innen und Kreative im gleichen „sinkenden Boot“. Holprig kamen im letzten Jahr Landes- und Bundeshilfen an den Start, wenngleich mit viel mehr Volumen. Deshalb war es uns wichtig, in der Haushaltsberatung zu 2021/22 auf den Erfolg der letzten Jahre, die jährliche 2,5%ige Dynamisierung des Fördertopfs in der Kultur, nicht zu verzichten. Geplant hatte die Verwaltung nur 1% und sah dazu gleich Ausgaben vor, die den Fördermittelzuwachs mehr als aufgefressen hätten. Letztendlich konnten wir uns im Stadtrat mit einer Mehrheit durchsetzen und für die Freie Szene in Summe noch 75.000 Euro für 2021 und 155.000 Euro für 2022 draufsatteln. Außerdem erreichten wir einen Konsens, um Mittel für kulturelle Open-Air-Angebote inklusive Freiflächenkonzept und darin auch ein erneutes Outs:de-Festival zusätzlich mit 200.000 Euro pro Jahr zu unterstützen. Für die städtischen Häuser war unser Einsatz u.a. erfolgreich für dringend benötigte Investmittel zur weiteren IT-Ausstattung und Di-



Wirtschafts- und kulturpolitische Sprecherin, Vorsitzende des Fachausschusses Umwelt, Klima und Ordnung

- Jahrgang 1962
- Dipl.-Chemikerin, Umweltschutzbeauftragte
- 3 Kinder

✉ annette.koerner@stadtrat.leipzig.de

gitalisierung sowohl an der Volkshochschule als auch direkt im Kulturdezernat. Sanierungen am Werk II und Buddehaus erhalten einen zusätzlichen Schub wie auch das zweite städtische Bandhaus. Die Pandemie können wir mit unserem Engagement allein nicht vertreiben. Die Arbeitslosigkeit wuchs in den letzten zwölf Monaten in Leipzig von 6,3% auf 8,2%. Ein Ende ist erst abzusehen, wenn Impfungen die Risiken für alle senken, Kultur und Begegnungen wieder zugelassen werden. Auch die gestellten Förderanträge für Kulturprojekte und von Trägern der freien Szene für 2021 haben wir bereits ernsthaft beraten und entschieden, ebenso wie wir dies in der Frühjahrsrunde fortsetzen. An Kultur und Kreativitätsförderung darf nicht gespart werden!



Sprecherin für Soziokultur

- Jahrgang 1974
- Autorin
- 2 Kinder

✉ anna.kaleri@gruene-sachsen.de

Facebook /Annakaleri

Instagram @anna_kaleri

Mehr Lebensqualität durch geringere Geschwindigkeit

von Kristina Weyh

Tempo 30 bringt Leipzig mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum: mehr Sicherheit, weniger Lärm, bessere Luft – das ist das große Potenzial einer Reduzierung auf menschen- und stadtverträgliche Geschwindigkeiten.

Wie wir dieses Potenzial voll ausschöpfen, soll eine großflächige Erprobung in einem Teilgebiet der Stadt sowie in weiteren Städten, die mit Leipzig gemeinsam am Modellprojekt teilnehmen wollen, zeigen. Auf bündnisgrünen Antrag wurde dies vom Stadtrat mit deutlicher Mehrheit beschlossen, die Verwaltung steht

dahinter. Nun erwarten wir die Genehmigung des Modellversuchs durch den Bundesverkehrsminister, der mit dem Thema Geschwindigkeitsreduzierung traditionell wenig anfangen kann. Der jahrzehntelange Druck der Kommunen, der bei diesem Thema immer stärker wird, reicht nun hoffentlich aus.

Mit einer Erprobung möchten wir Erkenntnisse darüber gewinnen, wie Tempo 30 als Regelhöchstgeschwindigkeit innerorts praktisch umgesetzt werden kann. Mit breiter Akteursbeteiligung und wissenschaftlicher Begleitung werden Belange von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr ebenso untersucht wie die von Wirtschaftsverkehr und unterschiedlichen Stadtstrukturen. Zudem werden die Effekte von Tempo 30 auf Sicherheit, Gesundheitsschutz und den öffentlichen Raum insgesamt ausgewertet. Wir können dann vor der eigenen Haustür erleben, dass die Angst vor Stau und Schleichverkehren unbegründet ist und Magistralen stattdessen ihre Trennwirkung verlieren und die Lebensqualität für alle Menschen steigt.

Tempo 30 hat als Baustein der Verkehrswende das Potenzial, den der Stadt drohenden Verkehrskollaps zu verhindern. Mit der gleichzeitigen Stärkung des

gesamten Umweltverbands mit einem leistungsstarken ÖPNV und sicheren Bedingungen für Fuß- und Radverkehr halten wir Leipzig mobil, damit die, die auf das Auto angewiesen sind, auch ans Ziel kommen. Es ist an der Zeit, dass wir im Verkehr das Wohl und die Gesundheit der Menschen an die oberste Stelle stellen. Deshalb stärken wir den Umweltverbund und sorgen für menschenverträgliche Geschwindigkeiten zum Wohle des Stadtklimas.



Stv. Fraktionsvorsitzende, Verkehrspolitische Sprecherin

- Jahrgang 1975
- M.A. Politikwissenschaft, Kommunikations- und Medienwissenschaft, Kulturwissenschaft
- verheiratet
- 2 Kinder

✉ kristina.weyh@stadtrat.leipzig.de



Investieren in der Krise – aber bitte nachhaltig!

von Sophia Kraft

Noch stecken wir mittendrin in der Corona-Krise. Für uns Grüne der richtige Zeitpunkt, um jetzt darüber nachzudenken, wie wir unsere Wirtschaft nachhaltig wiederaufbauen und zugleich die Bewältigung der Klimakrise nicht außer Acht lassen.

Green Investment ist das Gebot der Stunde. Öffentliche Gelder, und gerade auch jene, die einen Weg aus der Corona-Krise weisen sollen, dürfen nur für zukunftsfähige und nachhaltige Projekte ausgegeben werden, denn Corona- und Klimakrise dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir Grünen wollen daher mehr Geld in die Hand nehmen für den Kampf gegen den Klimawandel, für die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft und für die Digitalisierung. Deswegen ist es auch richtig, dass wir in Leipzig trotz der pandemiebedingt angespannten Haushaltssituation nicht den Rotstift ansetzen, sondern gezielt auf

nachhaltige Investitionen setzen! Die Leipziger Grüne Fraktion will in nachhaltige Wirtschaft und zugleich in Klimaschutz investieren. Die urbane Energiewende wollen wir mit mehr Erneuerbaren Energien auf unseren Dächern vorantreiben. Deshalb haben wir ein Förderprogramm für Photovoltaik-Balkonanlagen beantragt.

Leipziger Unternehmen müssen in der Krise unterstützt werden. Deshalb wurde das Mittelstandsförderprogramm mit Fokus auf sozial-ökologische Kriterien mit unserer Unterstützung aufgestockt. Neben diesen investiven Stadtratsanträgen unterstützen wir auch die städtische Initiative, die einen Online-Marktplatz für Leipziger Händler*innen zum Verkauf lokaler Produkte aufbaut. Die Lieferung soll umweltfreundlich gestaltet sein. Solch ein digitaler lokaler Marktplatz als Alternative zu den großen Shoppingplattformen,

die meist ausschließlich auf Basis fossiler Energieträger liefern, sichert unser lebendiges und buntes Stadtleben auch für die Zeit nach der Corona-Pandemie.



Stv. Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Energiepolitik
und Digitales

- Jahrgang 1988
- B.A. Politik und Verwaltung, VWL
- M.Sc. BWL Schwerpunkt Nachhaltigkeitsmanagement/Energiewirtschaft
- verheiratet
- 2 Kinder

✉ sophia.kraft@stadtrat.leipzig.de

Digitaler Unterricht braucht Medienpädagogik

von Stefanie Gruner

Die Pandemie hat endlich auch für einen Digitalisierungsschub in den Schulen gesorgt. Ein großer Schritt bei der Ausstattung mit geeigneter Hardware und dem Anschluss an schnelles Internet konnte nun Dank des Digitalpakts gegangen werden. Da viele Schu-



Stv. Fraktionsvorsitzende,
Verwaltungs- und
schulpolitische Sprecherin

- Jahrgang 1980
- Juristin
- Partnerschaft
- 2 Kinder

✉ stefanie.gruner@stadtrat.leipzig.de

📱 /stadtraetin.stefanie.gruner

len auf einem Level nahe Null gestartet sind, ist es natürlich noch ein weiter Weg, der in den kommenden Jahren zu gehen ist.

Digitaler Unterricht erfordert jedoch mehr als einen Computer und Internet. Wichtig sind medienpädagogisches Knowhow und gute Konzepte zur Nutzung geeigneter, insbesondere auch freier Software. Diese bietet eine kostengünstige Möglichkeit, Kinder und Jugendliche auch an eine digitale Welt jenseits großer Technologiekonzerne heranzuführen.

Bereits bei der Umsetzung des Digitalpaktes wurde viel konzeptionelle Arbeit vom medienpädagogischen Zentrum geleistet. Dabei geriet dieses an personelle Grenzen, da auch viel Beratung zur neu angeschafften Hardware erforderlich war. Um auch wieder echte medienpädagogische Arbeit und eine gute Unterstützung für die Schulen bei der ganz konkreten Anwen-

dung geeigneter Software zu ermöglichen, konnten wir nun über einen Haushaltsantrag zwei neue Stellen für das medienpädagogische Zentrum im Haushalt 2021/22 durchsetzen.

Ein bereits etwas älterer Antrag der bündnisgrünen Fraktion aus dem Jahr 2018 führte zum Test digitaler Schulbücher im Unterricht. In einem nun vorgelegten Zwischenbericht werden die Vorteile des Einsatzes noch einmal bestätigt. Ein Modellprojekt soll in zwei Jahren und unter Beteiligung von sechs Schulen unterschiedlicher Schularten, die Praxistauglichkeit weiter überprüfen. Digitale Schulbücher bieten zahlreiche Vorteile, insbesondere auch für den inklusiven Unterricht von Kindern mit Seh- oder Lese-Rechtschreibschwäche. Sie ersparen den Schüler*innen das Schleppen zahlreicher gedruckter Bücher und bieten dabei auch meist noch eine höhere Aktualität.

Wohnen: Ware oder Menschenrecht?

von Dr. Tobias Peter

Ist Wohnen eine Ware? Glaubt man den Finanzmärkten, dann sind Investitionen in Wohnimmobilien mit vielversprechenden Renditen verbunden – auch und gerade in Wachstumsstädten wie Leipzig. Die Folgen der Immobilienspekulation – rasant gewachsene Grundstücks- und Häuserpreise, steigende Mieten, Leerstand und zunehmende Wohnungslosigkeit – machen



sich im Alltag der Menschen bemerkbar und geraten in Konflikt mit dem verbrieften Menschenrecht auf Wohnen. Mit verschiedenen Instrumenten wie dem wohnungspolitischen Konzept, der sozialen Wohnungsbauförderung, sozialen Erhaltungssatzungen und den jüngst auf grüne Initiative hin beauftragten Konzepten gegen Leerstand versuchen wir als Kommune gegenzusteuern.

Zugleich stoßen wir immer wieder auf die Grenzen kommunalen Handelns. So fehlen nachwievor die Rechtsgrundlagen des Freistaats für die Mietpreisbremse und der Erlass einer Zweckentfremdungssatzung. Für Mietobergrenzen als ein wirksames Mittel gegen Spekulation fehlt ebenso der gesetzliche Rahmen wie für ein kommunales Vorkaufsrecht gegen Leerstand. Wo es Vorkaufsrechte gibt, wie z.B. in sozialen Erhaltungsgebieten, muss die Stadt zu Marktpreisen kaufen, anstatt zu dem Wert, der einer wirtschaftlichen, aber preisgünstigen Miete entspricht. Hier braucht es dringend eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen in Freistaat und Bund, um die Kommune handlungsfähiger zu machen. Selbst unsere kommunale Wohnungsgesellschaft LWB ist gezwungen, Wohnen als Ware zu betrachten. Das

Stichwort „Wohnungsgemeinnützigkeit“ ermöglicht einen Blick zurück nach vorn. Denn seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1989 gab es eine gemeinnützige Wohnungswirtschaft, die nicht auf Gewinnmaximierung, sondern auf die steuerbefreite Bereitstellung preiswerten Wohnraums für breite Schichten ausgerichtet war. Ihre seit einigen Jahren diskutierte Wiedereinführung würde für die LWB sowie viele Genossenschaften und Hausprojekte in Leipzig enorme Chancen bieten – und wäre vor allem für Mieter*innen eine richtig gute Nachricht.



Fraktionsvorsitzender,
Wohnungs- und
bildungspolitischer Sprecher

- Jahrgang 1978
- Politikwissenschaftler
- verheiratet
- 1 Kind

✉ tobias.peter@stadtrat.leipzig.de

📱 /tobiaspeter2019

Jugend auf den Demokratiecampus!

von Katharina Krefft

Am Rande der Innenstadt, noch innerhalb des Promenadenringes, entsteht „Leipzigs Zentrum des Wandels“. Noch ist der Matthäikirchhof mit einem brutalistischen Verwaltungsgebäude der Stasi bebaut, der Festung.

In Zukunft soll hier das „nationale Projekt des Städtebaus“ in breiter Beteiligung der Stadtgesellschaft entstehen. Der Matthäikirchhof soll in öffentlichem Interesse und mit einem Mehrwert für die Innenstadt und Leipzig zu einem öffentlichen, lebendigen, nutzungsgemischten und vielfältig zugänglichen Quartier mit überregionaler Ausstrahlungskraft entwickelt werden, sagt das Positionspapier der Stadt. Und: Die Stadt Leipzig möchte öffentliche Nutzungen neben! dem Schulmuseum, entsprechend dem Leitthema „Ort der gelebten Demokratie“, auf dem Areal unterbringen. Das Schulmuseum mit seiner Werkstatt für Schulgeschichte ist im Saalbau am Dittrichring in unmittelbarer Nachbarschaft zum Matthäikirchhof. Aus der

Bürgerrechtsbewegung entstanden, beteiligte sich seine langjährige Leiterin Elke Urban an Schulgründungen und bot Initiativen einen Vernetzungs- und Entwicklungsort. So trifft sich hier die Initiative „Demokratie macht Schule“ und in Kooperation mit den Hochschulen der Stadt ist es ein Ort des Wissens und der Jugendbeteiligung. Ob zur Schulgeschichte oder zum Einheits- und Freiheitsdenkmal, das Schulmuseum arbeitet mit und für junge Menschen.

Und genau darum ist das Schulmuseum Teil des Demokratiecampus. Denn hier wird Geschichte lebendig gemacht, hier wird sie begreifbar, hier wird in einer Werkstatt an der Vermittlung genau dieser Geschichte gewerkelt. Ich stelle mir den Matthäikirchhof als einen Campus vor, wo Menschen zusammenkommen und disputieren, sich vernetzen und die Ideen in Stadt und Welt hinaustragen. Darum braucht es die Werkstatt, das Lernlabor des Schulmuseums, um Demokratie praktisch zu machen.

Wir streiten für unser Schulmuseum auf dem Matthäikirchhof, den einzigen Zugang der Jugend zum Nationalen Projekt. Das ist eine politische Aufgabe.



Fraktionsvorsitzende,
Sozial- und demokratiepolitische Sprecherin sowie
Sprecherin für Schulbau

- Jahrgang 1978
- Ärztin im Sächsischen Landeskrankenhaus
- verheiratet
- 5 Kinder

✉ katharina.kreffft@t-online.de

👉 www.katharinakreffft.de

📘 /Katharina-Kreffft2220

📷 @katharinakreffft

Herausforderungen im Lene-Voigt-Park

von Martin Meißner

Der in den frühen Zweitausendern eröffnete Lene-Voigt-Park hat eine Brache in ein Erholungsgebiet verwandelt und einen getrennten Stadtteil vereint. Wurde er am Anfang nur zögerlich angenommen, erreicht die Anzahl der Parkbesuche mit jedem Sommer neue Rekorde. Das liegt natürlich auch am rasanten Bevölkerungswachstum im Leipziger Osten. Wie

stark dieser Park eines Tages nachgefragt sein wird, war bei seiner Eröffnung noch nicht absehbar. Das ist sehr schön, bringt aber große Herausforderungen mit sich.

Der Park war von Anfang an auch als eine schnelle Radverbindung abseits der Hauptstraßen geplant. Mittlerweile drängen sich aber viel zu viele Radfahrer*innen und Fußgänger*innen auf dem Hauptweg. Dadurch kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen. Da der Radverkehr an dieser Stelle durch den Bau des Grünen Bogens noch weiter zunehmen wird, ist ein separater Radweg nötig und bereits in Planung.

Die vielen Besucher*innen müssen auch sicher in und aus dem Park gelangen. Wir haben deshalb bereits für den Doppelhaushalt 2018/19 entsprechende Mittel eingestellt. Auf die Umsetzung warten wir allerdings noch immer. Gerade an der Kreuzung Albert-Schweitzer-/ Eilenburger-Straße ist es gefährlich.

Wo Menschen sind, ist leider auch Müll. Sehr viel Müll. Es wurden bereits deutlich größere Mülltonnen aufgestellt, aber der Müll stapelt sich weiterhin

daneben. Er wird dann von Wind und Krähen im ganzen Park verteilt. Wir haben deshalb ein Modellprojekt beantragt, bei dem die kleinen Mülltonnen abgebaut und durch sehr große mit Mülltrennung ersetzt werden.

Der Rasen im Lene-Voigt-Park verwandelt sich jeden Sommer in eine Steppenlandschaft. Den Klimawandel können wir leider nicht zurückdrehen, aber womöglich könnte man Rasensprenger aufstellen, die vom Regenwasser der umliegenden Wohnhäuser gespeist werden. Das hätte einen weiteren Vorteil: Die Beschwerden der Anwohner*innen über nächtliche Ruhestörung würden sicherlich massiv zurückgehen, wenn nachts die Sprenkler angehen. Das ist bis jetzt aber nur eine teure Träumerei von mir.

Es zeigt sich, dass man sich auch bei erfolgreichen Projekten wie dem Lene-Voigt-Park nie auf den Lorbeeren ausruhen kann. Ich bin bereits gespannt, vor welche Herausforderungen er uns in zehn Jahren stellen wird.



Familienpolitischer Sprecher

- Jahrgang 1987
- Bürokaufmann

✉ martin.meissner@stadtrat.leipzig.de

📷 @DDRreudnitz

📷 @DDRreudnitz

Waffenverbotszone Ade

von Norman Volger

Die Polizeiverordnung über das Verbot des Mitführens gefährlicher Gegenstände in der Eisenbahnstraße in Leipzig ist in ihrem Kern unwirksam. Das Sächsische Obergericht hat entschieden. Und das ist aus bündnisgrüner und aus Sicht der Bürgerrechte gut so. Ja, okay, Schusswaffen darf man dort auch weiterhin nicht bei sich führen. Aber das versteht sich von selbst und sollte ohnehin überall so sein. Wir sind ja zum Glück nicht in den USA. Aber die Waffenverbotszone, die aus politischem Kalkül vom damaligen Innenminister Ulbig (CDU) eingeführt wurde, hatte ja mit dem Schutz der Bevölkerung wenig zu tun. Vielmehr war es der Einstieg, Alles und Jede*n zu kontrollieren und im Zweifelsfall zu belangen. Jegliches Messer oder Werkzeug konnte auf Grund der Verordnung als Waffe deklariert werden und ernste Konsequenzen nach sich ziehen. Die Datenlage in der

Eisenbahnstraße gab aber gar keine besonderen Gefahren im polizeirechtlichen Sinne her, was nicht nur wir als Grüne schon immer kritisierten, sondern auch vom Sächsischen Obergericht so gesehen wurde. Gleichzeitig hätte die Verordnung nie erlassen werden dürfen, denn wenn es eine Gefahrenlage gäbe, müsste dieser per Gesetz und nicht durch Verordnung begegnet werden. Alles in allem eine schallende Ohrfeige für das Innenministerium, dem es damals eben nicht um reale Gefahrenlagen ging, sondern um die Stigmatisierung von Menschen mit Migrationshintergrund. Die organisierte Kriminalität bekämpft man nicht, indem man alle Menschen in einem Stadtteil gleichermaßen überwacht und damit als Kriminelle abstempelt, sondern durch effektive Ermittlungsarbeit gut ausgebildeter Polizeibeamt*innen. Vielleicht war es aber auch alles gar nicht ernst gemeint und diente

am Ende des Jahres 2018 nur als Stimmungsmacher für den aufziehenden Landtagswahlkampf.



Ordnungs- und
tierschutzpolitischer Sprecher

- Jahrgang 1978
- M.A. Politikwissenschaft, Soziologie, Kommunikations- und Medienwissenschaften
- verheiratet
- 2 Kinder

✉ norman.volger@stadtrat.leipzig.de

📷 @Norman_Volger

Auwald schützen und Grünverbund stärken!

von Jürgen Kasek

Das der Leipziger Auwald nach wie vor einer der bedeutendsten seiner Art in Europa ist, dürften die meisten schon wissen. Aber er ist so stark bedroht wie noch nie. Die Eingriffe in die Gewässer des Waldes haben für diesen schwerwiegende Folgen. Allein die Neue Luppe, gebaut 1934 durch den Reichsarbeitsdienst, wurde geschaffen, um den Wald zu entwässern. Die Sohle der Neuen Luppe liegt unterhalb des Grundwasserspiegels und entzieht dem Wald in der Nordweststau das Wasser. Ein vordringliches Ziel ist es daher, die neue Luppe stillzulegen und in ein Hochflutbett umzuwandeln.

Ein Auwald ohne eine natürliche Auendynamik, ohne Wasser, ist kein Auwald mehr. Forstwirtschaftliche Ein-

griffe können eine Überschwemmungsdynamik nicht ersetzen. Wir müssen vorsichtiger mit dem Wald umgehen. Dem Wald das Wasser zurückgeben, indem Deiche entwidmet und zurückgebaut werden und mehr Überschwemmungsflächen entstehen. Auch Eingriffe in den Wald müssen reduziert werden. Das Ökosystem ist fragil.

Hinzu kommt der zunehmende Nutzungsdruck. Der Wald ist keine Kulisse und darf nicht zur Kulisse werden, weil einige meinen, dass mit Motorbooten durch die Gewässer zu düsen eine Naturerfahrung und Erholung sei.

Auf der anderen Seite kann Wald und Natur nur der Mensch schützen, der Natur versteht und erfährt. Wir

brauchen den Ausgleich zwischen naturbelassenen Bereichen, geschützt vor Menschen, und Erholungsraum für Menschen, wo Natur erfahrbar wird.

Dazu kommt die dringend notwendige Stärkung des Grünzuges, etwa im Übergang zwischen nördlichem und südlichem Auwald entlang des Cottawegs. Auch die landwirtschaftlichen Flächen in der Nordweststau sollten als offene Graslandflächen in das Ökosystem Wald reintegriert werden.

In den letzten hundert Jahren haben wir als Mensch viel dafür getan, unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Jetzt müssen wir in einem begrenzten Zeitraum Lösungen finden, den überregulierten Gewässerknoten entwirren, die Bebauung an und im Wald zurückdrängen, den Grünverbund stärken und Eingriffe reduzieren. Dazu bleibt uns nicht viel Zeit.

Eine Aufgabe, die absolute Priorität hat und die wir mit Demut vor der Natur beginnen müssen. Daran müssen wir uns ausrichten. Die richtige Zeit dafür ist jetzt.



Umweltpolitischer Sprecher
sowie Sprecher für Livemusik
und Clubkultur

- Jahrgang 1980
- selbständiger Rechtsanwalt
- 2 Kinder

✉ juergen.kasek@stadtrat.leipzig.de

👉 juergenkasek.de

📘 /JurgenKasekPolitiker

📷 @jkasek67

📺 @JKasek



Familien stärken und ernsthaft beteiligen

von Michael Schmidt

Die Entwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung (HzE) – die dramatisch angestiegenen Fallzahlen wie auch die damit verbundenen immensen Kosten – stellt für die Stadt Leipzig und unsere Stadtgesellschaft ein ernsthaftes Problem dar.

Vergleichsanalysen zwischen Deutschlands Großstädten zeigen, dass Leipzig bei laufenden stationären Hilfen, also bei erzieherischen Hilfen außerhalb der Herkunftsfamilie, schon jetzt die bundesweit höchste Leistungsdichte aufweist (218 Fälle je 10.000 Einwohner unter 21 Jahren) – Tendenz steigend. Auch bei neu

begonnenen Hilfen hat die Herausnahme aus der Familie bzw. die Heimunterbringung den bundesweit höchsten Anteil.

Mit Blick auf den Allgemeinen Sozialdienst (ASD) wissen wir, dass ein undifferenzierter Ausbau der stationären Angebote die Probleme nicht löst, sondern nur weiter zementiert. Stattdessen brauchen wir ein grundlegendes Umsteuern in den eigenen Prozessen und Strukturen. Der Fokus muss viel stärker als bisher in einer unbedingten Unterstützung familiärer Strukturen und Netzwerke liegen, damit Kinder in der Familie verbleiben oder in diese zurückkehren können. Dafür braucht es mehr ambulante und teilstationäre statt langfristig angelegte stationäre Hilfen, eine engmaschige und präventiv angelegte Unterstützung durch die Sozialarbeiter*innen im ASD, eine gute Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen, Ämtern, Behörden und sozialen Netzwerkpartnern. In der Zusammenarbeit mit den Familien braucht es eine Kommunikation auf Augenhöhe, eine Kultur der Anerkennung und der Beteiligung, statt Repression und Obrigkeitsgehabe. Nur so kann Hilfe zur Selbsthilfe entstehen und die Familien gestärkt statt schwach gehalten werden.

Auf Initiative meiner Fraktion ist nun eine vertiefte Auseinandersetzung und Weiterentwicklung sämtlicher relevanter Prozess-, Fach- und Verfahrensstandards und die Implementierung einer dem ASD gegenüber weisungsbefugten Stabsstelle, die die bedarfsge-

rechte Ausrichtung des Gesamtprozesses begleitet und überwacht, vorgesehen. Auch der Jugendhilfeausschuss wird sich auf meinen Vorschlag hin mit einem dritten Unterausschuss diesem Themenkomplex stärker als bislang widmen.

Jedoch darf auch die Gesellschaft vor den ernsthaften Problemlagen, die wir in den Familien immer wieder sehen, nicht die Augen verschließen. Die Pandemie hat die schwierige Lage mancher Familien noch verschärft. Kinderschutz bleibt ein virulentes Thema und geht uns alle an. Es bleibt viel zu tun, aber die Kinder und ihre Familien verdienen unsere Unterstützung zuallererst.



Jugendpolitischer Sprecher
Stv. Vorsitzender des
Jugendhilfeausschusses

- Jahrgang 1977
- Kommunikationswissenschaftler, Politologe und Sozialmanager
- verheiratet
- 2 Kinder

✉ michael.schmidt@stadtrat.leipzig.de

📘 /MichaelSchmidtLeipzig

📷 @stadtratschmidt_le



Postanschrift:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
04092 Leipzig

Kurz vorgestellt: Antonia Weishaupt ist neue Fraktionsreferentin

Es ist viel wert, wenn man mit Gleichgesinnten für seine Überzeugungen arbeiten kann: für ein grünes Leipzig, das den Klimaschutz vorantreibt, die Mobilitätswende angeht, soziale Ungleichheiten bekämpft, Bäume pflanzt, familienfreundlich denkt und die Demokratie verteidigt! Seit März 2021 arbeite ich als Referentin in der Geschäftsstelle der bündnisgrünen Fraktion im Leipziger Rathaus. Als Umweltwissenschaftlerin, langjährige Klima- und Umweltschutzengagierte und gebürtige Leipzigerin liegt mir eine nachhaltige Entwicklung dieser Stadt sehr am Herzen. Nach vielen Jahren Haupt- und Ehrenamt beim BUND, mehreren Auslandsaufenthalten, einem Fernstudium Umweltwissenschaften und der Elternzeit mit meinem kleinen Sohn freue

ich mich nun sehr über die neuen Herausforderungen. Thematisch betreue ich vorrangig die Bereiche Umwelt, Klima und Ordnung, Tierschutz und Landwirtschaft.



Fraktionsreferentin

- Jahrgang 1985
- M.A. Soziologie, Französisistik
- M.Sc. Umweltwissenschaften
- 1 Kind

✉ antonia.weishaupt@leipzig.de

Leipzig goes Paris



Die Leipziger Klimagruppen haben den 5. März zum #eiffelturmtag ausgerufen. Wir unterstützen die Forderungen an die Leipziger Stadtverwaltung, denn wir brauchen viel mehr Anstrengungen für das Erreichen der Pariser Klimaziele. Die Haushaltsanträge der Klimagruppen haben wir darum in den zurückliegenden Haushaltsberatungen unterstützt. Denn klar ist: Beschlüsse wie die Sofortmaßnahmen zum Klimanotstand oder Konzepte wie die Mobilitätsstrategie sind das Papier nicht wert, wenn nicht die notwendigen Personalstellen und Finanzmittel zur Umsetzung bereitgestellt werden. Dass unserer Fraktion in Vertretung von Monika Lazar und Tobias Peter im Vorfeld der Haushaltssitzung ein symbolischer Eiffelturm übergeben wurde, war für uns eine Bestätigung für unser bisheriges erfolgreiches Handeln. Jetzt kommt es in den beiden kommenden Jahren darauf an, dass die vielen Beschlüsse auf den Weg der Umsetzung gebracht werden.

Kommentare, Ideen und Fragen gerne in den sozialen Netzwerken:

/gruenefraktionleipzig

@gruenefraktion

@StadtratGruene

Liebe Abonentinnen und Abonenten,

in der Europäischen Union ist am 25.05.2018 die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten. Darin werden Unternehmen verpflichtet, transparent mit personenbezogenen Daten, die im Unternehmen verarbeitet werden, umzugehen. Dies nehmen wir zum Anlass, unseren Verteiler zu überprüfen und zu aktualisieren. Sie erhalten / Du erhältst von uns den Ratschlag, unsere Fraktionszeitschrift.

Folgende Daten von Ihnen / Dir erfassen wir in unserer Datenbank:

Vorname
Nachname
Postadresse

Ihre / Deine Daten werden ausschließlich zu diesem Zwecke genutzt. Insbesondere erfolgt keine Weitergabe an unberechtigte Dritte. Wir freuen uns, wenn Sie / Du auch weiterhin den Ratschlag beziehen willst. In dem Falle brauchen Sie / brauchst Du nichts zu tun!

Sie können / Du kannst jedoch jederzeit Ihre / Deine Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Dies können Sie / kannst Du auf folgenden Wegen tun: elektronisch per Mail an: gruenefraktion@leipzig.de

oder schriftlich an:
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat
Leipzig, Martin-Luther-Ring 4-6, 04109 Leipzig.

Es gilt die Datenschutzerklärung auf unserer Homepage www.gruene-fraktion-leipzig.de/index.php/datenschutz.html

Wir danken Ihnen / Dir für Ihre / Deine Unterstützung!
Herzliche Grüße

Impressum

Herausgeber:

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
Neues Rathaus / Zimmer 180
Tel.: 123-2179
E-Mail: GrueneFraktion@leipzig.de
www.gruene-fraktion-leipzig.de

Redaktion: Antonia Weishaupt (V.i.S.d.P.),
Michael Schmidt, Juliane Zenner, Isabel Fastus

Alle Portraits: Martin Jehnichen

Auflage: 6.000 Exemplare

Gestaltung: Ungestalt GbR, Leipzig,
www.ungestalt.de

Produktion: LZ Medien GmbH